

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich M. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.

Samstag
15. April 1922

Anzeigen

finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die einseitige mm-Zeile kostet 60 Pfg., bei Mehr- ausnahmen entsprechender Preisnachlaß.

Nr 15.

Inhalt der Nummer:

Die politische Lage. Von Dr. G. Strese-
mann, M. d. R.
Nun die Tat!
Herr mach uns frei! Von Pfarrer Dr. Luther,
M. d. R.
Mafseier trohalledem.
Beamtenbesoldung nach gleitender Stafa. Von
Albrecht Morath, M. d. R.
Zum Reichsschulgesetz. Von Dr. Otto Ever-
ling, M. d. R., Nikolassee.
Auguste Viktoria zum Gedächtnis. Von Alara
Wende, M. d. R.
Neutralisierung der Rheinlande?
Deutsche am Kaukasus.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.
Parteitag im Kreise Wittgenstein.

Die politische Lage.

Von Dr. G. Stresemann, M. d. R.

Das Werk der Steuergesetzgebung ist nun glücklich nach den langwierigen Auseinander-
setzungen im Parlament unter Dach gebracht. Es
sind bei der dritten Lesung des Gesetzes noch ein-
mal dieselben Reden für und gegen gehalten
worden, die schon von der zweiten Lesung her be-
kannt sind. Sie werden niemanden in seinen
Anschauungen über den Wert oder Unwert dieser
neuesten Steuergesetzgebung überzeugen haben.
Auch jetzt wird man anschließend nur feststellen
können, daß die neuen Steuergesetze in der Form,
wie sie zustande gekommen sind, ein Kompromiß
waren, das nach Lage der Dinge kaum anders
gestaltet werden konnte. Auch wenn die Deutsch-
nationalen praktisch daran mitgearbeitet hätten,
würden sie letzten Endes diesem Ergebnis zuge-
stimmt haben, weil es immer noch besser und
nützlicher ist als ein Steuerwerk, das mit Hilfe
der Unabhängigen, der Mehrheitssozialisten, des
Zentrums und der Demokraten vollbracht wor-
den war. Die Einwendungen der Deutsch-
nationalen werden auf der Rechten des Hauses,
sowohl bei den Deutschnationalen wie bei der
Deutschen Volkspartei, volle Würdigung und
volles Verständnis gefunden haben. Es ist ge-
wisß richtig, daß wir den geringen Rechtsschutz,
den uns der Versailler Vertrag bietet, auf das
genaueste festhalten müssen, und es zeigte, wohin
wir mit unserer Wirtschaft gekommen sind, daß
wir unsere laufenden Ausgaben nicht mehr aus

Steuern decken können. Die Absicht der Entente
geht zweifellos darauf hinaus, unsere Finanz-
hoheit auszuschalten, uns Rechte zu nehmen, die
uns nach dem Versailler Vertrag verblieben
waren. Gewiß mag es richtig sein, daß die fran-
zösische Politik von vornherein darauf eingestellt
gewesen ist, uns diese letzten verbliebenen Reste,
diese letzten verbliebenen Hoheitsrechte des Rei-
ches zu schmälern. Die Regierung hat, als dieser
Versuch durch die letzte Reparationsnote der En-
tente offensichtlich wurde, sich gewehrt, hat das
Anfassen der Entente abgelehnt, und es war
nur selbstverständlich, daß der Reichstag ihr auf
diesem Wege folgte, ihre Haltung billigte. Es
wäre wirklich nicht verstanden worden, wenn das
deutsche Parlament nur eine geringe Mehrheit
für diese Stellungnahme der Regierung auf-
gebracht hätte. Man hätte im Auslande daraus
falsche Schlüsse gezogen.

Sache der Regierung wird es nunmehr sein,
diesen Worten die Tat folgen zu lassen. Die
Antwort auf die Reparationsnote der Entente
bietet zur Beurteilung der Haltung der Regie-
rung eine Grundlage. Sie wird politisch um so
wichtiger sein, als sie für die Konferenz von
Genève, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt
geschrieben sein wird. Die französische Politik
hatte die Absicht, vor Genève durch ihre Re-
parationsnote vollendete Tatsachen zu schaffen.
Jede Diskussion sollte ausgeschaltet bleiben, und
daher drängte die Reparationskommission auf
die Entscheidung. Der deutschen Regierung blieb
die Möglichkeit, kurz und formell ihren ablehnen-
den Gesichtspunkt zu formulieren oder aber noch
einmal eingehend ihre Auffassungen darzulegen.
Der letzte Weg dürfte gewählt worden sein. Es
wird sich alsbald in den ersten Tagen der Ge-
nuefer Konferenz entscheiden, ob dort überhaupt
Boden für eine Diskussion über die Reparations-
politik sein kann. Die deutsche Regierung ver-
tritt den Standpunkt, daß ihre Aufgabe sich in
Genève in der Richtung geltend machen müsse,
möge Lloyd George in seiner letzten Rede auch
den Standpunkt eingenommen haben, der nur die
wenigsten in Europa und Amerika befriedigt, die
von ihm eine Gesundung der wirtschaftlichen
Verhältnisse erhoffen, so gruppiert sich doch um
den englischen Staatsmann die Politik, welche
der des französischen Ministerpräsidenten ab-
lehnd gegenübersteht. Die Regierung setzt dem-
gemäß auf Lloyd George noch ihre Hoffnungen.
Aber selbst ihre engsten Freunde geben zu, daß
Lloyd George als führender Staatsmann Euro-
pas ausgespielt hat. Die Frankfurter Zeitung
schreibt, daß Poincaré der leitende Staatsmann
Europas geworden ist. Eine Auffassung, die in
den nationalen Kreisen Deutschlands schon seit
langem vertreten wird. Lloyd George hat sich

durch seine Schaukelpolitik selbst um sein Prestige
gebracht. Es ist zwecklos, auf ihn noch starke
Hoffnungen zu setzen. So erscheint es auch frag-
lich, ob es dem englischen Staatsmann gelingen
wird, in Genève den Kurs der internationalen
Politik wieder in ein ruhigeres Fahrwasser zu
lenken, nachdem sich Herr Poincaré an das Steuer
dieses Weltwirtschaftsschiffes gestellt hat. Das
Ergebnis der Genuefer Konferenz wird haupt-
sächlich von der Konstellation der einzelnen
Mächte und Staaten abhängig sein.

Frankreich als die führende Macht, mit Eng-
land im Hintergrunde, Amerika ausgeschaltet,
wird die eine Gruppe der Konferenz bilden.
Dazu wird auch letzten Endes Italien gehören,
das trotz aller Mahnungen seines ehemaligen
Ministerpräsidenten Miti gezwungen ist, sich im
Fahrwasser der Entente zu halten. Auf der an-
dern Seite kommt die Stellung Deutschlands,
Russlands und der Neutralen in Betracht. Die
deutsche Regierung hat mit der russischen Dele-
gation in Berlin verhandelt, und wie es scheint,
sind zunächst auf dem Papier verschiedene Ab-
machungen getroffen worden. Von dem Gang
der Ereignisse wird es abhängen, ob die deutsche
Regierung bezüglich der Stellung Russlands rich-
tig getippt hat. An sich liegt es nahe, daß Rus-
land mit Deutschland in einer Front gegen den
Ententekapitalismus und die imperialistische Po-
litik steht. Aber Frankreich wiederum hat seiner-
seits der russischen Politik allerhand Zugestän-
nisse zu bieten; die russischen Machthaber haben
sich im Verlauf der letzten Jahre seit der rus-
sischen Revolution als viel zu gerissene Politiker
und Händler erwiesen, als daß Verlaß auf sie
sein könnte. In die Front Deutschland und Rus-
land gehören auch die kleinen neutralen Staaten,
die von der Entente wenig zu erwarten oder viel
zu verlieren haben. Aber auch bei ihnen wird
letzten Endes die Furcht vor den Mächtigen und
den Großen überwiegen. Es fehlt eben seit dem
Zusammenbruch der Mittelmächte der Ausgleich der
Gegensätze, der Ausgleich der Kräfte. Frankreich
beherrscht heute die Welt, und England besitzt
bislang unter seinem müde gewordenen Staats-
mann nicht die notwendige Willenskraft, um
Europa vom französischen Einfluß zu befreien.
Die französische Politik wird sich noch stärker
austoben müssen, ehe auch in England die Ein-
sicht stärker um sich greift; und hier werden die
Wahlen, die in England zu erwarten sind,
offenlich ein Regulator der Verhältnisse wer-
den. Die Genuefer Tage werden demnach aller
Voraussicht nach weder für Deutschland noch für
Europa Tage der Entscheidung sein. Immerhin
werden sie den einen Vorteil haben, daß den
Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit
gegeben ist, mit den Staatsmännern aller Län-

der Fühlung zu gewinnen. Die persönliche Aussprache hat zwar bislang, wie auch Cannes ergeben hat, wenig Erfolg gehabt.

Cannes ist gestört worden durch den Sturz der französischen Regierung. Genua soll, wie Frankreich jetzt schon ankündigt, gestört werden, wiederum durch französischen Einfluß, — wenn von der deutschen Reparation gesprochen wird. Aber wer nach Genua kommt, um über Weltwirtschaftsprobleme zu sprechen, der muß von Europa sprechen, und wer von Europa spricht, der muß von der deutschen Reparation sprechen. Das eine ist die Voraussetzung des andern. Das ist schließlich eine Weisheit, an der auf die Dauer nicht vorübergegangen werden kann.

Berlin, den 6. April 1922.

Nun die Tat!

Mit Annahme des Mantelgesetzes in dritter Lesung hat der Reichstag das große Werk der Steuerreform beendet, woran kommunistische Albernheiten nichts mehr zu ändern vermochten. Reichsfinanzminister Hermes hatte vollständig recht, wenn er hervorhob, daß allseitig, auch von den Parteien, die sich schließlich ablehnend verhielten, eifrig und nützlich daran mitgearbeitet worden ist. Die Deutsche Volkspartei hat, ihren wiederholt abgegebenen Erklärungen entsprechend, daran festgehalten, die gesamte Steuergegebung unter Dach und Fach zu bringen und die Mitverantwortung dafür zu übernehmen, nachdem es ihr gelungen ist, einmal eine große Reihe von Verbesserungen und dann die Annahme ihrer Richtlinien durchzusetzen. Im ursächlichen Zusammenhang mit der Vervollendung der Steuergegebung stehen die verschiedenen Noten, mit denen die Reichsregierung in diesen Stunden die Zumutungen der Reparationskommission wie der militärischen Kontrollkommission zu beantworten hat. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß hier wie in Genua die Stellungnahme der Reichsregierung den Erklärungen entspricht, die sie im Reichstag abgegeben und die die Deutsche Volkspartei gebilligt hat. Das bedeutet nicht Gutheißung und Fortsetzung der Erfüllungspolitik, sondern im Gegenteil Abkehr von ihr und rückhaltlose Ablehnung der uns gestellten Forderungen. „Der Worte sind genug gewechselt, jetzt laßt uns endlich Taten sehen.“

Herr mach uns frei!

von Pfarrer Dr. Ruther, Mitglied des Reichstags.

Wir stehen am eingesargten Deutschen Reich. Das Saargebiet wurde uns geraubt, die Rheinlande hält Frankreich besetzt, Posen wurde polnisch und der wertvollste Teil Oberschlesiens soll folgen. Die Kolonien stahl man uns. Alle wertvollen Handelsschiffe mußten wir abliefern. Das ganze deutsche Auslandsvermögen im Werte von zirka 20 Milliarden Goldmark, das sind nach dem heutigen Stand der Valuta zirka 1200 Milliarden Papiermark, beschlagnahmten unsere Feinde. Ungeheuerlich groß sind unsere Kohlen-, Erz-, Vieh- und Sachlieferungen aller Art an die Entente. Täglich rollen die Ablieferungszüge über die Grenze, und Frankreich macht mit den abgelieferten Rohlen und Fabrikaten dann der deutschen Industrie Konkurrenz. Jährlich verschlingen die Kommissionen der Entente 2 Milliarden Goldmark, das sind 120 Milliarden Papiermark. Insgesamt betragen die Ausgaben, die wir in Ausführung des „Friedens“-Vertrages machen müssen, schon jetzt jährlich rund sieben Zehntel der gesamten deutschen Steuern und Staatseinkünfte. Nur drei Zehntel der ungeheuren Steuerbeträge verbleiben uns.

Und nun die neuen Forderungen französischen Wahnsinns und französischer Rachepolitik! Sie bedeuten das Ende der deutschen Finanzhoheit, den Tod der deutschen Wirtschaft! Trotzdem gibt es noch Deutsche, die durch frivole Beschuldigungen ihres eigenen Landes den Feinden Waffen

in die Hand liefern für die Knechtung Deutschlands.

Müßte jeder einzelne deutsche Arbeiter, Kaufmann, Beamte, Industrieller, Landwirt täglich einen großen Teil seines Einkommens als Reparationsleistung direkt an die Kassen der Entente abliefern, dann wäre das deutsche Volk heute einig in der Abwehr der unerhörten und ungerechten feindlichen Forderungen. Nun aber gehen diese Zahlungen durch den Staat, und darum sehen viele Deutsche nicht, daß der Feind draußen steht! Herr, erlöse uns vom Übel des Klassen- und Massenhasses, mach uns frei von dem unseligen Parteihader und du gibst uns Kraft, dem Feinde zu widerstehen! Herr, mach uns einig, und du machst uns frei!

Maifeier trotz alledem!

Die Sozialisten haben das Gebot der Stunde erkannt. Jetzt zur rechten Zeit, wo die Reparationskommission zu einem neuen Angriff auf das wehrlose Deutschland übergeht, wo die Feinde neue Forderungen stellen, die noch weit über die Bedingungen des Friedensdikates von Versailles hinausgehen, und die einen neuen scharfen Eingriff in die deutschen Souveränitätsrechte bedeuten, veröffentlichen die sozialistischen Blätter aller Schattierungen einen Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den 1. Mai feierlich zu begehen. Völkerfriede, Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung soll die Parole sein.

Völkerfriede! Der Aufruf erkennt an, daß die Gewalt die Stunde regiert, und der heutige Friede nur eine Fortsetzung des Krieges in anderer Form sei. Dagegen soll am 1. Mai protestiert und für „wirklichen Völkerfrieden und Völkerverständigung“ demonstriert werden! Haben unsere Sozialisten immer noch nicht erkannt, daß sie mit ihren Friedensidealen allein stehen? Wo war die sozialistische Internationale denn, als der Weltkrieg ausbrach, als man Deutschland einkreisete, wo war sie, als man die Welt mit den Lügen von den deutschen Greueln überflutete? Wo war sie, als der Friede von Versailles diktiert wurde, als man die deutschen Kriegsgefangenen noch Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten Fronddienste leisten ließ, als in London der Wahnsinn der Reparationsforderungen weitergeführt wurde, als ohne jeden Schein des Rechtes neue deutsche Landstriche von den Franzosen besetzt und entgegen dem klaren Abstimmungsergebnis weite Teile Oberschlesiens Deutschland entzogen wurden? Was tat die „Internationale“, um die schwarze Schmach am Rhein zu verhüten oder zu beseitigen? Nichts, nichts und nochmal nichts! Die deutschen Sozialisten aber hielten treu und brav bei der Stange, sie protestierten und demonstrieren „für Völkerfrieden und Völkerverständigung“, während unter stillschweigender Billigung ihrer sozialistischen „Genossen“ in den Feindbündeln zum vernichtenden Schlage gegen Deutschland ausgeholt wird.

Achtstundentag! Merken die Sozialdemokraten nicht, daß sie, die für Unterzeichnung des Versailler Vertrages, für Annahme des Londoner Ultimatus, für Betreibung einer „Politik der Erfüllung“ eintraten, es selbst sind, die die Aufrechterhaltung des Achtstundentages immer schärfer gemacht haben; sind sie sich dessen nicht bewußt, daß die auf ihrem Schein bestehenden Shylocks der Entente vom deutschen Arbeiter eine neunte, zehnte oder elfte Arbeitsstunde fordern werden? Die neuen ungeheuerlichen Forderungen der Reparationskommission machen ja eine elende Sklavenarbeit des ganzen deutschen Volkes für die Feinde zur stillschweigenden Voraussetzung!

Ausbau der Sozialgesetzgebung! Auch dieses dritte Lösungswort klingt wie ein schlechter Scherz in einem Augenblick, wo die Feinde das letzte aus Deutschland zur Befriedigung ihrer Reparationsansprüche herauspressen wollen. Raffen sie, die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien nicht dazu auf, mit dem ganzen Volk eine Abwehrfront gegen den Vernichtungswillen der Entente zu bilden, dann werden Achtstundentag und Sozialpolitik der Vergangenheit angehören, und der 1. Mai wird eine wenig festlich gestimmte Arbeiterschaft in Deutschland finden.

Beamtenbefoldung nach gleitender Skala.

Von Albrecht Morath, Mitgl. d. Reichstags.

Die gleitende Gehaltskala soll eine selbsttätige Anpassung des Beamten Einkommens an den Geldwert herbeiführen. Eine Anpassung seines Einkommens an den Geldwert erstrebt jedermann, er sei Beamter oder stehe in einem freien Berufe, er sei Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. Ob und in welchem Umfange ihm das gelingt, hängt von unendlich vielen Umständen ab. Am wenigsten gelungen ist es bisher den Arbeitnehmern, die im öffentlichen Dienste stehen. Diese Befoldungskämpfe verschlingen dauernd eine Unsumme von Arbeit in den Ministerien sowohl wie in den gesetzgebenden Körperschaften und halten — was das schlimmste ist — die gesamte Beamenschaft ständig in Unruhe und Spannung. Kein Wunder, wenn der Ruf nach einer selbsttätigen Anpassung des Beamten Einkommens an den Geldwert immer lauter und lauter wird. Man kann Verständnis für die Bedenken haben, die sowohl in den Kreisen der Arbeitgeber wie auch namentlich der Arbeitnehmer gegen eine gleitende Skala geltend gemacht werden. Arbeiter und Angestellte sind in ihren Bezügen an die Konjunktur in ihrem Geschäftszweige gebunden; Arbeitgeber sind es mehr oder weniger auch. Beide können und wollen sich nicht in das Prokrustesbett einer gleitenden Lohnskala pressen lassen, die ohne jede Rücksicht auf die Wirtschaftsverhältnisse ihres Betriebes die Bezüge nach dem vom Statistischen Reichsamt ermittelten Reichsindexziffern für die Lebensmittel festsetzt. Aber für die Beamten liegt die Sache ganz anders, sie können die Vorteile guter Konjunktur nicht ausnützen (auch dann nicht, wenn es eine solche in den öffentlichen Betrieben wieder einmal gäbe), müssen aber auch bei schlechter Konjunktur mindestens vor der Verelendung bewahrt bleiben, müssen arbeitsfähig erhalten werden. Das eben ist der Wahnsinn der Befoldungspolitik der Regierung sowohl wie gewisser Parteien, daß sie ohne Berücksichtigung solcher Unterschiede zwischen Arbeitern und Beamten beide nach genau gleichen Grundsätzen in den letzten Jahren behandelt haben. Auch jetzt hat der Ministerialrat Kühnemann im 23. Ausschusse geäußert, Laß nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums die gleitende Skala nur gleichzeitig für Arbeiter, Angestellte und Beamte des Reichs oder überhaupt nicht eingeführt werden kann. Die Begründung, daß eine unterschiedliche Behandlung dieser Gruppen zu Verurteilungen der Arbeiter führen würde, wird in Beamtenkreisen mit bitterem Lächeln quittiert werden. Seit mehr als drei Jahren sinkt das Beamten Einkommen immer tiefer unter das vergleichbarer Schichten der Angestellten und Arbeiter im Reichsdienst, ohne daß auf ihre „Verurteilungen“ gehört worden ist.

Die Deutsche Volkspartei vertritt die Auffassung, daß mit einer selbsttätigen Anpassung des Be-

amteinkommens an den Geldwert endlich Ernst gemacht werden muß. Als am 21. Januar im Reichstag jene Regierungsvorlage zur Abstimmung gebracht wurde, die den Beamten als Ausgleich für die Teuerung (die seit der letzten Besoldungsbesserung nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes um mehr als 38 Prozent für die notwendigen Lebenshaltungskosten gestiegen war) ganze 2000 Mark jährlich anbot, da versagte die Fraktion der Deutschen Volkspartei dieser Gehaltsaufbesserung, die wie eine Verhöhnung der Beamten wirken mußte und nicht unwesentlich zum Ausbruch des Eisenbahnerstreiks beigetragen hat, ihre Zustimmung. Vergeblich wies ich als Sprecher der Fraktion auf die Gefahren einer solchen „Gehaltsaufbesserung“ hin, vergeblich stellte die Volkspartei die bekannten Verbesserungsanträge. Nur die Forderung, sofort in eine Erörterung der Frage einer Neuregelung des Beamteneinkommens auf der Grundlage der gleitenden Skala einzutreten, fand die Zustimmung des Reichsfinanzministeriums. Am 2. Januar wurde auf Antrag der Deutschen Volkspartei jener Unterausschuß zur Erörterung dieser Frage eingesetzt, der seine Arbeiten mit einer Befürwortung der gleitenden Skala beschloß.

Der Unterausschuß hat die bedeutendsten Sachverständigen gehört. Die Direktoren der statistischen Büros von Berlin, Schöneberg, Hamburg, Bremen wurden herangezogen. Der Reichsgerichtsrat Zeiler, einer der bekanntesten Verfechter des Gedankens der gleitenden Skala, kam aus Leipzig; aber auch die Statistiker aus den Finanzministerien der größeren Länder nahmen an den Verhandlungen teil, und Vertreter aller Arbeitergewerkschaften und Beamtenorganisationen hatten Gelegenheit, sich zu äußern. Ablehnend verhielt sich nur ein einziger Redner, der Vertreter des Deutschen Städtetages, der freilich nur seine persönliche Meinung, nicht die des Städtetages, zum Ausdruck zu bringen betonte. Und wenn auch die Auffassungen über den Wert der gleitenden Skala bei den Vertretern der Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften geteilt waren, so ist doch ein Widerstand von keiner Seite laut geworden. Mit allem Nachdruck haben sich natürlich die Sprecher der eigentlichen Beamtenorganisationen für die Reform eingesetzt.

Läßt sich der Gedanke in die Wirklichkeit umsetzen? Ist eine gleitende Skala technisch durchführbar? Zweifellos. England, Schweden, Österreich kennen dieses System, und wenn es hier und dort gewisse Schäden gezeigt hat, so ist es unsere Sache, sich die Erfahrungen der anderen Länder nutzbar und das Ganze besser zu machen. Zunächst kommt es darauf an, das Einkommen festzusetzen, das einem Beamten schon der untersten Gruppe das zum Lebensunterhalt mindestens für eine kinderlose Familie erforderliche gibt. Der Aufbau für die übrigen Gruppen mußte alsdann in gleicher Spannung von Gruppe zu Gruppe erfolgen. Die Reichsindexzahl zum Zeitpunkt der Einführung des neuen Systems gibt die Möglichkeit, diese so gefundenen Gehaltszahlen auf die Indexzahlen 100 oder 1000 zu reduzieren. Die Anpassung an jede Veränderung der Indexzahlen stellt sich dann als eine einfache Multiplikation dar. Die Reichsindexzahlen werden gegenwärtig auf Grund statistischer Erhebungen in 71 Gemeinden ermittelt, die monatlich herausgegebene Indexziffer ist also eine Durchschnittszahl. Wenden wir sie an, so müssen wir noch in irgend einer Weise den lokalen Preisunterschieden gerecht werden. Dazu gibt es mehrere Wege; welcher der gangbarste ist, bleibe einstweilen dahingestellt. Ganz abwegig erscheint der von Sozialisten und Kommunisten aufgegriffene Gedanke Zeilers, die Anpassung an die Teuerung nur für einen gewissen Gehaltsteil in voller Höhe vorzunehmen, für den Rest des Gehalts sich aber mit einem geringeren

Hundertfach zu begnügen. Die politischen Gründe, die die Linksparteien bei dieser Forderung leiten, sind durchsichtig und bedürfen keiner Erklärung.

Eine andere Frage scheint mir beachtlich und bisher weniger erörtert zu sein. Ist es möglich, das Beamteneinkommen ganz schematisch zu steigern, wie auch die Lebenshaltungskosten wachsen mögen? Können nicht Umstände eintreten, die es dem Staat unmöglich machen, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden? Kann man einem Bruchteil des Volkes ein Arbeits-einkommen garantieren, das es ihm erlaubt, immer dieselbe Menge von Waren einzukaufen? Mit diesen Fragen türmen sich neue Schwierigkeiten auf, aber auch diese sind keineswegs unüberwindlich. Man braucht, wenn es notwendig werden sollte, nur um etwas hinter den steigenden Indexziffern zurückzubleiben, das Gehalt würde dann gewissermaßen zögernd der Preissteigerung folgen; das wäre immerhin ein Vorteil, denn es würde folgen, nicht wie jetzt stehen bleiben. Dabei böte sich der Vorteil, daß man auch fallenden Indexziffern nur mit gleicher Verzögerung zu folgen brauchte. Den Grad dieser Verzögerung festzustellen, wird Sache der gesetzgebenden Körperschaften sein. Die Feststellung kann vierteljährlich vorgenommen werden.

Alles in allem läßt sich sagen, daß eine selbsttätige Anpassung des Beamteneinkommens an die Teuerungsverhältnisse keine unlösliche Frage darstellt und daß bei gutem Willen aller Parteien die Einführung nicht allzu lange auf sich warten zu lassen braucht. Die Deutsche Volkspartei darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, mit der Forderung einer solchen Anpassung vorangegangen zu sein. Sie wird in ihren Bemühungen nicht nachlassen, unserer Beamenschaft auf diese Weise endlich einen auskömmlichen Lohn zu verschaffen und ihr damit die Dienstfreudigkeit wiederzugeben, die — ist das ein Wunder? — unter der kurzfristigen Besoldungspolitik der letzten Jahre, ja sogar der letzten Jahrzehnte, verloren gegangen ist. Die Partei weiß sich mit der Beamenschaft in der Auffassung einig, daß dieses Ziel um so schneller erreicht werden wird, je durchgreifender die Behörden von entbehrlichen Arbeits- und Aushilfskräften befreit werden. Möge es der Beamenschaft gelingen, gleiches Verständnis für eine Besoldungsreform auf der Grundlage der gleitenden Skala bei allen übrigen Parteien zu erwecken, und wir sind am Ziel.

Zum Reichsschulgesetz.

Von Dr. Otto Everling, Mitglied des Reichstags, Nikolassee.

Das Reichsschulgesetz ist ein heißes Eisen für die bestehende Koalition. Man hat sich lange gehütet, es anzufassen. Die Verhältnisse forderten schon längst das im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehene Reichsschulgesetz, aber der Entwurf erschien erst am 22. April 1921. Und dann hat man im Reichstag viele Monate gezögert, ehe dieser Entwurf auf die Tagesordnung gesetzt und dem sogenannten Bildungsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen wurde. Auch hier wurden Versuche gemacht, die Behandlung zurückzuschieben. Als man nun endlich zur Verhandlung kam, zeigte sich, daß die Koalitionsparteien, Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum, trotz des in Weimar geschlossenen Kompromisses glatt auseinanderfallen. Die Hauptfrage, um die gestritten wurde, war die, ob die Gemeinschaftsschule die Regelschule, Bekenntnisschule und weltliche Schule nur zugelassene Sonderschulen oder ob die drei Schularten grundsätzlich gleichberechtigt sein sollen. Die Verfassung selbst sagt im Artikel 146:

„Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.“

Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abs. 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes.“

Auf den ersten Blick sieht man, daß der erste Absatz, der kühn das Ideal einer gemeinsamen Grundschule umschreibt, mit dem zweiten Absatz, der den wirklichen Verhältnissen Rechnung trägt, sich schwer vereinbaren läßt.

Schwierigkeiten bereitete außer diesen Widersprüchen, die in der Verfassung selbst liegen, noch die Tatsache, daß der Staatssekretär Schulz in der Nationalversammlung am 31. Juli 1919 im Namen der Regierung und der drei genannten Kompromißparteien eine Erklärung abgegeben hat, wonach die für alle Bekenntnisse gemeinsame Schule als die Regel gelten sollte.

Es hatte für den politischen Feinschmecker einen gewissen Reiz, zu sehen, wie die Kompromißparteien, insbesondere das Zentrum, versuchten, aus dem Kompromiß herauszukommen. Wir, die Vertreter der Deutschen Volkspartei, die unbelastet von dem Weimarer Kompromiß waren, konnten uns auf den Standpunkt stellen, daß in der Reichsverfassung von einer Regelschule nicht die Rede ist, und wir konnten deshalb den Antrag einbringen: „Die Volksschulen sind entweder Gemeinschaftsschulen oder Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen.“ Die Regierungsvorlage hatte folgende Fassung: „Die Volksschulen sind Gemeinschaftsschulen, soweit sie nicht nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen bleiben oder werden. Die bekenntnisfreien Schulen sind entweder weltliche Schulen oder Weltanschauungsschulen.“ Der Hauptunterschied der Regierungsvorlage und des Antrages der Deutschen Volkspartei, der mit Anträgen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei übereinstimmt, ist der, daß nicht mehr vier, sondern drei Schularten bestehen, und daß die drei Schularten auf Grund der Entscheidung der Erziehungsberechtigten die gleiche Entwicklungsmöglichkeit haben sollen.

Die gemeinsame Grundschule oder auch Gemeinschaftsschule ist sicherlich ein Ideal, das für den nationalen Aufbau unseres deutschen Volkes, das stets unter den Gegensätzen der Stände, Stämme und Konfessionen gelitten hat, von großem Segen sein könnte. Ich habe volles Verständnis dafür, daß ideal und national gerichtete Lehrerkreise sich für diesen einheitlichen Schulaufbau ganz besonders begeistern. Und wenn es möglich wäre, eine gemeinsame Staatsschule, die je nach den Gegenden dem katholischen oder evangelischen Charakter der Bevölkerung Rechnung tragen könnte, wirklich mit Zustimmung aller Konfessionen zu entrichten, so würde ich dies als deutscher Mann für eine große Errungenschaft halten. Aber auch als evangelischer Mann würde ich glauben, daß, wenn dabei mancherlei Bedenken zu unterdrücken und Unbequemlichkeiten zu überwinden wären, wir doch getrost um des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und der deutschen Jugend willen diesen Weg gehen sollten. Wer nun aber die Wirklichkeit und die tatsächlich vorhandenen Verhältnisse betrachtet, der

steht, daß leider dieses Ideal zur Illusion wird. Die große Mehrzahl der katholischen Mitbürger wird mit Rücksicht auf die Forderungen des kanonischen Rechts der Bischöfe, der Katholikenversammlungen und Zentrumsparlamentarier, nie und nimmer freiwillig diesem schönen Ideal zustimmen. Nur mit starken staatlichen Zwangsmaßnahmen könnte der Versuch gemacht werden. Daß er aber, als Gewissensvergewaltigung empfunden, undurchführbar sein wird, muß jedem klar sein, der unsere heutigen politischen Verhältnisse mit Wirklichkeitsinn betrachtet. Wenn das aber der Fall ist, so sollte man überall, auch in Lehrerkreisen, dafür Verständnis haben, daß es dem evangelischen Volksteil nunmehr nicht zugemutet werden kann, für sich Gemeinschaftsschulen zu errichten, während der katholische Volksteil auf seinen katholischen Volksschulen beharrt. Es würde für den evangelischen Volksteil eine bedenkliche Verkürzung der hochbedeutsamen reformatorischen und evangelischen Lebenswerte und Erziehungskräfte bedeuten, wenn er nur für die evangelischen Kinder Schulen errichtete, in denen weder die Lehrkräfte noch die Lehrmittel der Tatsache Rechnung tragen, daß die Kinder der Schule evangelisch sind. Darum müssen wir unter den heutigen Verhältnissen grundsätzlich der evangelischen und katholischen Volksschule mindestens dieselbe Entwicklungsmöglichkeit geben, wie der Gemeinschaftsschule. Man wird also entsprechend der Verfassung dem Willen der Erziehungsberechtigten einen großen Spielraum geben müssen und deshalb auch die bekenntnisfreie oder weltliche Schule nicht gesetzlich unterdrücken können, sondern auch ihr die Möglichkeit geben, sich da zu entfalten, wo die Erziehungsberechtigten es wünschen. Voraussetzlich werden diese Schulen kaum in dem Umfange entstehen, wie man es noch vor einigen Jahren befürchten konnte. Die von Preußen eingerichteten Sammel-schulen für die Kinder, die „am Religionsunterricht teilnehmen wollen“, sind proletarische Ständeschulen geworden und haben schon darum weder für die Lehrer noch für die Eltern die Anziehungskraft, die man von ihnen erwartete.

In der Verhandlung wurde auch darauf hingewiesen, daß wir nicht Kirchenschulen wollen, sondern Staatschulen. Unser zerrissenes Volksleben könnte es nicht ertragen, wenn nicht gewisse gemeinsame nationale Kulturwerte unter Staatsaufsicht allen Schulen erhalten blieben.

Die Abstimmung über § 1 hat nach den ausführlichen Beratungen, auf die wir leider im einzelnen nicht eingehen können, folgendes Ergebnis gehabt: Angenommen wurde § 1 in folgendem Wortlaut: „Die Volksschulen sind entweder Gemeinschaftsschulen (§ 2) oder Bekenntnisschulen (§ 3) oder bekenntnisfreie Schulen (§ 4). Den drei Schularten dieses Gesetzes ist gleichmäßig freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben“, und zwar mit 15 Stimmen von den vier Parteien: Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei. Abgelehnt gegen die Unabhängige Sozialdemokratie wurde der scheinlich verfassungswidrige Antrag, daß die Volksschulen weltliche Schulen sein sollen, ebenso gegen 10 Stimmen ein sozialdemokratischer Antrag, der nur gestatten würde, daß neben der Gemeinschaftsschule Bekenntnisschulen und bekenntnisfreie Schulen errichtet werden können. Endlich wurde abgelehnt ein demokratischer Antrag, der bestimmte, daß die allgemeine Volksschule die Regel sein solle, und daß, wenn in einer Gemeinde nur eine Schule besteht, diese eine allgemeine Volksschule sein muß.

Bei dieser Abstimmung ist freilich zu beachten, daß im Reichstag selbst die Stimmenverhältnisse für die Annahme des § 1 in der oben genannten

Fassung nicht so günstig liegen, wie im Ausschuß.

Das Ergebnis der Abstimmung hat den Regierungsvertreter, Staatssekretär Schulz, veranlaßt, zu erklären, daß durch den Beschluß eine neue Lage geschaffen sei, zu der die Reichsregierung Stellung nehmen müsse. Diese Stellungnahme im Reichskabinett wird keine geringe Belastungsprobe für die Erhaltung der Regierungskoalition sein, denn die Schulfrage nimmt das Zentrum äußerst ernst. Und dem Einwand der Verfassungswidrigkeit des gefaßten Ausschlußbeschlusses werden wohl die Zentrumsminister mit derselben Geschicklichkeit zu begegnen wissen, wie die Zentrumsvertreter im Ausschuß. Will die Reichsregierung keinen heftigen Schulkulturkampf, so wird sie gut tun, zunächst die weitere Durchberatung des Gesetzes nicht zu hindern. Voraussichtlich wird im Monat Mai, wenn der Reichstag aus den Osterferien zurückkehrt, der Reichstagsausschuß erfahren, ob er Gelegenheit haben wird, seine wichtigste Arbeit zu leisten, nämlich durch das Gesetz Art und Charakter der Gemeinschaftsschule, Bekenntnisschule und bekenntnisfreier Schule näher zu kennzeichnen und auszugestalten.

Auguste Viktoria zum Gedächtnis.

Von Alara Mende, Mitglied des Reichstags.

Am 11. April 1921 hat Deutschlands Kaiserin diese Welt verlassen. Wer sie geliebt hat, mußte ihr das Ausruhen und die Erlösung von körperlichen und seelischen Leiden gönnen; wer sie wirklich gekannt hat, weiß, daß ihr das Sterben schwer geworden ist, weil sie diejenigen, denen sie in tiefer, unendlicher Frauenliebe ihr Leben gewidmet hatte, in Not und Elend zurückließ. Wie schwer muß es ihrem Mutterherzen gewesen sein, den Erstgeborenen fern von Frau und Kindern, fern der Heimat, fern der gewohnten Kultur in Einsamkeit und Dürftigkeit zurückzulassen. Wie schwer mag es ihrem Großmutterherzen geworden sein, die Schar der Enkelkinder, deren Eintritt in dieses Leben sie stets mit größter Liebe betreute, aufzugeben, die gerade in dem Augenblick die Großmutter so nötig hatten, da bei einzelnen die Mutter versagte. Wie unendlich schwer war es der über alles treuen Gattin, den Mann in Zeiten des Unglücks und des für ihn so schwer tragbaren Sturzes von seiner Höhe herab nicht mehr helfend, in Liebe verstehend, zur Seite bleiben zu können.

Rückschauend auf das Leben Auguste Victorias muß jeder, auch der Gegner ihrer Weltanschauung und ihrer Staatsauffassung, mit größter Achtung vor ihrem Charakter stehen. Wer das erkannt hat, wird und muß sorgen, daß das Andenken der letzten Kaiserin aus dem Hause Hohenzollern im Gedächtnis des Volkes erhalten bleibt, nicht in falscher Verherrlichung, nicht in schwärmerischer Überhebung, sondern in reiner menschlicher Darstellung. Ihr Leben ist so vorbildlich, daß es durch Übertreibung nur verzerrt werden kann. So gewiß, wie ihre Beilegung im vergangenen Jahre ein Treugelübnis weiter Volkstreue war, so gewiß werden am ersten Jahrestag ihres Todes wiederum zahlreiche Kreise bescheidene Blumenspenden bringen und damit den Beweis liefern, daß das deutsche Volk trotz aller künstlichen Umwälzungen an dem wahren Guten der Vergangenheit festgehalten hat.

Neutralisierung der Rheinlande?

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat durch eine Interpellation die Aufmerksamkeit der Regierung auf beunruhigende Nachrichten gelenkt, die das Rheinland betreffen. Bekanntlich wünscht England eine Beseitigung der Besatzungskosten, damit Deutschlands Zahlungsfähigkeit nicht durch die Begleichung so unproduktiver Kosten, wie sie die für die Besatzungsarmee ausgegebenen darstellen, erschöpft werde. Frankreich aber glaubt sich gegen das entwaffnete Deutschland schützen zu müssen; es

hat, gepeinigt offenbar von einem schlechten Gewissen, eine geradezu pathologische Angst vor einer deutschen Vergeltung. Dem kaufmännischen Standpunkt der Engländer und der französischen Furcht soll nun nach ziemlich verlässlichen Nachrichten ein Kompromiß Rechnung tragen, wonach die Rheinlande neutralisiert, d. h. der deutschen Oberherrschaft entzogen werden sollen, wofür die Alliierten dann auf die Besatzung verzichten würden.

Dieses saubere Ansinnen kann von uns natürlich nur aufs energischste zurückgewiesen werden, wenn es an uns in der Tat gestellt werden sollte. Die Franzosen wollen dem neutralisierten Rheinland „militärischen Schutz“ gewähren und sollen die Oberherrschaft über dieses Gebiet ausüben. Dazu sollen die Rheinlande völlige Autonomie erhalten, wenn auch angeblich der Zusammenhang mit dem Reich nicht gelöst zu werden braucht. Die deutsche Regierungsgewalt und die deutsche Verwaltung würden sich auf die Rheinlande nicht mehr erstrecken. Das alles würde für uns den endgültigen Verlust des Rheinlandes bedeuten; es wäre eine verschleierte Annexion durch Frankreich. Frankreich wäre am Ziel seiner Wünsche angelangt. Das Beispiel des Saargebietes, wo die französische Frankensprache und obligatorischer französischer Sprachunterricht in den Volksschulen eingeführt worden sind, muß auch die rheinische Bevölkerung warnen, den französischen Sirenenklängen zu folgen, und eine Besserung der Verhältnisse davon zu erhoffen, daß von dem Rheinland der Abdruck der schwarzen Besatzung genommen wird und es ein „autonomes“ Staatsgebilde geworden ist.

In der Tat sind es nur ganz verschwindend kleine Kreise der rheinischen Bevölkerung, die eine „Rheinlandfrage“ anerkennen und ihre französische Lösung wünschen. Die überwiegende Mehrheit wünscht, fest beim Reich zu bleiben. Den Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und all die anderen schönen Sachen, die die Grundlage der Friedensverhandlungen nach feierlichen Versprechungen hätten bilden sollen, haben wir uns schon längst abgewöhnt. Unsere Feinde beweisen täglich aufs neue, daß das alles für sie nur eitel Spiegelschleierei war, um den deutschen Michel zu betören und ganz in die Hand zu bekommen. Wohl aber werden wir uns auf den Friedensvertrag von Versailles zurückziehen können, der die Unterschrift von sieben- undzwanzig „alliierten und assoziierten“ Mächten trägt, wenn man uns das Rheinland nehmen wollte. Das Versailler Diktat bindet nicht nur uns, sondern auch die Gegner; eine Abänderung seiner Bestimmungen kann daher nur mit unserer Einwilligung geschehen. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß sich eine Regierung oder ein Reichstag findet, die ihre Hand zu einer „Neutralisierung“ der Rheinlande legen. Der endgültige Verlust des Rheines an Frankreich würde das Ende des Reiches sein.

Deutsche am Kaukasus.

Die Auslandsdeutschen haben bei den Reichsdeutschen eigentlich nie auf übermäßig viel Interesse gezogen. Erst jetzt, wo Deutschland selbst in seinem Lebensnerv bedroht ist, versucht man Verständnis für das Auslandsdeutschtum zu wecken, den Zusammenhang zwischen diesem und dem Vaterlande wieder herzustellen und hierdurch Deutschlands Stellung in der Welt ein klein wenig zu heben.

Angesichts der furchtbaren Hungersnot, die in den von den Sowjets beherrschten Ländern ausgebrochen ist, beschäftigt sich die deutsche Öffentlichkeit besonders mit den deutschen Stammesbrüdern, die vor langen Jahren nach Rußland ausgewandert sind und dort ihre Stammesart erhalten haben.

Den deutschen Kolonisten am Kaukasus ist ein beachtlicher Artikel W. Maurers in der „Gartenlaube“ gewidmet. Vor hundert Jahren wanderten viele Deutsche aus ihrem Vaterlande aus, da die großen Hoffnungen, die man hinsichtlich der politischen Entwicklung auf die Freiheitskriege gesetzt hatte, gänzlich enttäuscht wurden. Die Hungersnot des Jahres 1817 sowie religiöse Bedrückungen steigerten die Lust, in fremdem

Land ein neues Glück zu suchen. Zar Alexander von Rußland verstand es, durch geschickte Werber einen Teil dieses Auswandererstromes in sein Land zu lenken. Es wurden Kolonisten geworben „zwecks Verbreitung und Vervollkommen der Landwirtschaft und deren Verzweigungen durch das eigene Beispiel“. Das Hauptwerbegebiet war das Schwabenland und das Auswanderungsziel Transkaukasien. Zar Alexander versprach Religionsfreiheit, wirtschaftliche Erleichterungen, fünfundzwanzigjährige Steuerfreiheit und Befreiung vom Militärdienst „für ewige Zeiten“. Die fünfundzwanzigjährige Steuerfreiheit wurde nach 10 Jahren, die Befreiung vom Militärdienst „für ewige Zeiten“ 1855 aufgehoben. Die russische Revolution verhinderte die Ausführung eines während des Weltkrieges erlassenen Gesetzes, wonach sämtliche Deutschen enteignet werden sollten.

Die Kolonisten hatten anfangs schwere Hindernisse zu überwinden. Ihr Siedlungsland in Georgien und im kaukasischen Gouvernement war erst seit 16 Jahren im Besitz der Russen. Der Boden wüst und leer. Der Weg der Siedler führte durch wilde Völker und auch das eigentliche Siedlungsgebiet war ständig bedroht. Auf der Hinreise erklärte die russische Verwaltung schon in Odessa, sie könne eine ruhige Fortsetzung der Reise nicht garantieren und rate den Deutschen, am Schwarzen Meer zu bleiben. Ein Teil blieb, ein anderer aber verharrete bei seinem Vorsatz und setzte die Weiterreise beim Zaren selbst durch.

1818 wurden die ersten Siedlungen auf ödem Steppenland gegründet. 1826 zerstörten persische Soldaten alles und ärmer als zuvor mußten die Kolonisten flüchten. Mit russischer Regierungshilfe gelang es ihnen, dann die Siedlungen wieder aufzubauen, bis 1829 die Pest einen neuen schlimmen Eingriff in die Entwicklung der Kolonisten machte. Dazwischen hatten die Siedler noch einen Tatarenangriff über sich ergehen lassen müssen. 1830 zog die Cholera ein und wütete furchtbar. Hagelschläge, Krieg und Unruhe folgten. Wären es nicht Deutsche gewesen, die ohne zu verzagen immer wieder an den Aufbau des zerstörten Heranges, die Siedlungen wären sicher zugrunde gegangen. Erst 1883 ernteten die Kolonisten Erfolg für ihre unfähigen Leiden und ihre Arbeit. Die Eröffnung der kaukasischen Bahn schuf Absatzmöglichkeiten für die landwirtschaftlichen Produkte und die Existenz der Siedlungen war damit gesichert. In der landwirtschaftlichen Produktion nimmt der Weinbau die erste Stelle ein. Im Jahre 1914 erzeugten die transkaukasischen Kolonisten 28 Millionen Liter Wein, d. h. etwa den 15. Teil der russischen Gesamtproduktion. Transkaukasien besitzt aber neben ausgedehnten Wäldern auch reiche Bodenschätze, von denen das Manganerz für Deutschland die größte Bedeutung hat.

Auch in kultureller Beziehung können sich die Deutschen am Kaukasus sehen lassen. In Tiflis und Helenendorf bestehen je ein deutsches Realgymnasium und außerdem hat jede Kolonie ihre eigene Volksschule. Die Sprache hat sich ziemlich rein schwäbisch erhalten. Im Jahre 1911 kamen Nachfahren der ersten Auswanderer wieder nach Württemberg zu Besuch und zum allgemeinen Erstaunen ergab sich, daß nach hundertjähriger Trennung vom Vaterland die kaukasischen Deutschen ein unverfälschtes Schwäbisch sprachen und sich durch die Sprache von ihren reichsdeutschen Stammesbrüdern in nichts unterschieden. Die Art, wie diese Auslandsdeutschen die härtesten Schicksalsschläge überwunden haben, ohne den Mut sinken zu lassen und ohne ihre deutsche Eigenart aufzugeben, berechtigt uns zu der Hoffnung, daß sie auch die jetzige schwere Prüfung überwinden. In unserer heutigen ohnmächtigen Lage werden wir unseren Stammesbrüdern am Kaukasus nicht allzuviel nützen können. Immerhin wird sich bei der Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrußland Gelegenheit bieten, unseren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Deutschen in Rußland mindestens nicht schlechter behandelt werden wie die Russen selber, wenn sich nicht gar Gelegenheit zu direkten Hilfsaktionen bietet.

Erneuerung des Beobachter-Abonnements!

Wir machen alle Parteifreunde, soweit sie den Beobachter durch die Post beziehen, d. h. das Abonnementgeld bei der Post einzahlen, auf die Erneuerung des Beobachter-Abonnements aufmerksam. Gleichzeitig bitten wir auf die Lässigen und Launen einzuwirken, damit der Beobachter endlich von sämtlichen Parteifreunden gelesen wird. Hier ist noch viel Kleinarbeit zu leisten und wir würden uns freuen, wenn wir da die weitestgehende Unterstützung aller Kreise fänden.

Wer den Beobachter noch nicht hat, bestelle denselben sofort bei der Post!

„Den Finger drauf.“

Stinnesierung nicht Hibernisierung!

Für blaß-, ganz- und knallrote Sozialisten ist bekanntlich das Wort „Stinnesierung“ zu einem Schlagwort geworden, mit dem übelster Mißbrauch und Unfug getrieben wird. Nun erfahren wir uns in Preußen eines sozialdemokratischen Handelsministers, namens Siering, und dieser sozialdemokratische Minister hat kürzlich im Hauptausschuß des Preussischen Landtags eine recht bemerkenswerte Äußerung getan. Zur Frage der Wirtschaftlichkeit der staatlichen Bergwerke führte er aus, er sei von dem Gedanken, die staatlichen Bergwerksbetriebe in Aktiengesellschaften nach Art der Hibernia-Grube umzuwandeln, abgekommen. Es sei vielmehr geplant, sämtliche Betriebe, seien es nun Kohlenruben, Kaliwerke, Erzbergwerke, Hütten, Zechen, Salinen usw. in einem einzigen großen Betriebe zusammenzufassen. Nicht Hibernisierung, sondern Stinnesierung müsse die Parole sein, denn das entspreche der gegenwärtigen wirtschaftlichen Auffassung. Das ist in der Tat ein sehr bemerkenswertes Zugeständnis und ein erfreuliches Zeichen dafür, daß bei den mitverantwortlichen Stellen betrauten Männern der Sozialdemokratie das Verständnis für Erfordernisse der Wirtschaft wächst. Es wäre nur zu wünschen, daß die Herren mit Minister Siering an der Spitze für Verbreitung dieses Verständnisses in den Reihen ihrer Parteigenossen sorgten und dem Mißbrauch des Schlagwortes von der Stinnesierung entschlossen entgegenträten. Übrigens sind wir neugierig, was Vorwärts, Freiheit und Rote Fahne zu der Erklärung des Ministers sagen werden.

Sozialistische Kongrestypen.

Es sind immer dieselben Typen, die als Stammgäste auf den internationalen sozialistischen Konferenzen und Kongressen erscheinen. Sie gehören nur zum geringen Teile dem Proletariat an. Das sah man jüngst auch in Berlin auf der Konferenz der drei Internationalen. Da ist der belgische „Proletarier“, Herr Prof. Vandervelde, geborener Blame, aber von den Blamen als Francillon (Französling) verachtet. Er ist belgischer Chauvinist und mißbrauchte seine Stellung als Vorsitzender des Internationalen Sozialistischen Büros dazu, um gleich im Anfang des Weltkrieges unbefugterweise einen Hehruf der Internationale gegen Deutschland in die Welt zu senden. Auch jetzt trat er in Berlin (!) als echter Francillon für die Aufrechterhaltung des Friedens von Versailles ein. Der Engländer MacDonald ist nicht so chauvinistisch wie Vandervelde, aber er ist national wie jeder Engländer, heute und während des Krieges! Dann Karl Radek, Akademiker, ausgeschlossen aus der sozialistischen Partei Polens und später auch aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, nunmehr russischer Bolschewist! In freudschaffiger, aber

logisch zwingender Weise reißt er das Phrasengebäude Vanderveldes ein und führt dem Engländer MacDonald vor Augen, wie sehr ihm der englische Imperialismus Gelegenheit böte, eine sozialistischen Theorien dagegen anzuwenden. Daran denkt natürlich Herr MacDonald nicht. Zuletzt Otto Wels! Der richtige Typ eines deutschen Michels, wie ihn die Erfüllungspolitik hervorgebracht hat! Radek schlägt ihm verdienstermaßen die Mahnung um beide Ohren, daß es eigentlich seine, Wels, Sache als deutscher Arbeitervertreter wäre, die Frage der Reparation vor Genua anzuschneiden. Aber Wels wäre kein deutscher Sozialist, wenn er diese Mahnung befolgt hätte. E. Kl.

Mundtotmachung der deutschen Presse in Südtirol.

Das täglich in Bozen erscheinende Organ des Deutschen Verbandes in Südtirol, „Der Tiroler“, ist durch die Ausweisung dreier Redakteure, Dr. Klotz, Dr. Knorr und des Geistlichen Weiskopf, schwer betroffen worden. Das Blatt war schon verschiedene Male bestraft, seine ganzen Auflagen beschlagnahmt worden, besonders in den Zeiten, als die blutigen Faschistenüberfälle ganz Südtirol unsicher machten. Es hatte damals der italienischen Regierung Mitschuld an dem Verbrechen vorgeworfen, weil sie, obwohl sie Kenntnis von den Überfallplänen hatte, nichts getan hatte, sie zu verhindern. Und als der König nach der Venezia Tridentina zu Besuch kam, schrieb ihm das Blatt einen Begrüßungsartikel, der der italienischen Regierung sehr mißfiel. Unterdrücken läßt sich das Blatt nicht, — darum schneidet man ihm den Kopf ab und hofft, so die Nachfolger zu schrecken. Aber es wird umsonst sein.

Die Todesstrafe in England.

Auch in England wird seit langem von verschiedenen Seiten gegen die Todesstrafe Sturm gelaufen. Ein Mitglied des Unterhauses hat nunmehr einen Antrag eingebracht, der die Abschaffung der Todesstrafe verlangte. Für den gesunden Sinn der Engländer ist es bezeichnend, daß dieser Antrag mit der großen Majorität von 234 Stimmen gegen 86 abgelehnt wurde.

Aus der Partei.

Gegen vergiftende Kampfesweise.

Von der Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag geht uns folgende Erklärung zu:

„Die „Tägliche Rundschau“ hat in ihrer Betrachtung über die Groß-Dichtersfeld-Angelegenheit in der Nr. 162 vom 5. ds. Mts. den Redner der Deutschen Volkspartei, den Abgeordneten Buchhorn, in einer in der Presse sonst nicht üblichen Weise angegriffen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei des Preussischen Landtags steht einmütig hinter ihrem Freunde Buchhorn und ebenso einmütig auf dem von dem Minister Dr. Boelzig vertretenen Standpunkt; sie weist jene, das öffentliche Leben vergiftende Kampfesweise mit Entrüstung zurück.“

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei teilt uns ferner mit: „In einem Artikel in Nr. 164 vom 6. ds. Mts. behauptet die „Tägliche Rundschau“, man stehe nicht einmal in dem engen Kreis der volksparteilichen Fraktion des Preussischen Landtages hinter Herrn Dr. Boelzig, und es werde ihr aus diesem engen Kreis heraus erneut bestätigt, daß die Fraktion zwar aus parlamentarisch-politischer Pedanterie sich mit dem Munde zu ihrem Minister bekannt habe, daß aber ihr Herz fern von ihm gewesen wäre und noch sei.“

Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen; es wird nochmals festgestellt, daß die Fraktion durchaus die Haltung ihres Ministers Boelzig gebilligt hat.“

Schädigung der Postbeamten.

Im Reichstage brachte der Abg. Dr. Most eine merkwürdige Verfügung des Reichspostministers zur Sprache, in der es heißt: „In einer Verfügung des Herrn Reichspostministers, 4 Nr. 689 vom 24. Februar 1922, betr. die Übersteuerungszuschüsse findet sich folgender Satz: „Wird ein Ort durch eine Änderung des Ortsklassenverzeichnisses bei der jetzt im Gange befindlichen Nachprüfung in eine höhere Ortsklasse gehoben, so ermäßigt sich die Wirtschaftsbeihilfe der planmäßigen Beamten usw. am Orte bei der Hebung für jede Ortsklasse um 1000 Mark jährlich“. Diese Verfügung kann zur Folge haben, daß die in Frage kommenden Postbeamten um die ihnen gesetzlich zustehende Wirtschaftsbeihilfe von jährlich 1000 Mark gebracht werden. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß diejenigen Orte, die jetzt in eine höhere Ortsklasse eingereiht werden, bisher ungerechterweise zu tief eingestuft waren. Der Abg. Most hat deshalb namens der Deutschen Volkspartei an den Reichspostminister die Frage gerichtet, wie er glaube, die angelegene Verfügung mit den Grundsätzen der Billigkeit vereinbaren zu können. Die Deutsche Volkspartei verlangt die Zurücknahme der Verfügung des Reichspostministers.

Parteitag im Kreise Wittgenstein.

Am 8. April versammelten sich in Erndtebrück die Mitglieder und Freunde der Deutschen Volkspartei im Hotel Patt, um ihren Parteitag abzuhalten. Die Vorstandsmitglieder der Partei aus Siegen waren recht zahlreich erschienen und von Gästen der Reichstagsabgeordnete und Landwirt Westermann und Herr Amtmann Ebberg, 1. Vorsitzender der rheinisch-westfälischen Landgemeinden. Nach kurzen Begrüßungsworten der gut besuchten Versammlung erteilte Herr Kling-

Reichstagsabgeordneten Westermann das Wort zu seinem Vortrag über „Das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft“. Redner führte ungefähr folgendes aus:

„Vor kurzem wurde in Berlin das Steuerkompromiß, das das deutsche Volk in allen seinen Teilen schwer belastet, in dritter Lesung beschlossen. Auch die Landwirtschaft wird von den Steuern hart getroffen, aber immer wieder müsse man sich vor Augen halten, daß jeder Staat, wenn er nicht zugrunde gehen soll, Steuern erheben und daß jeder Teil zu diesen Steuern nach Kräften beitragen muß. Das Steuerkompromiß ist nun mit Hilfe der Deutschen Volkspartei zustande gekommen. Es gibt Kritiker, die das hin sehr starke Angriffe gegen die Deutsche Volkspartei richten, aber schon ein kurzes Nachdenken über die Möglichkeiten der Parteigruppierung bei der Steuerbewilligung wird Ihnen klar vor Augen führen, daß es richtiger war, daß das Steuerkompromiß mit Hilfe der Deutschen Volkspartei und nicht mit Hilfe der Unabhängigen unter Dach und Fach gebracht worden ist. Man wendet sich da vor allen Dingen gegen die Zwangsanleihe. Sehr eingehend zeigte Redner, daß die Zwangsanleihe zurückgeht auf einen Vorschlag, den der deutschnationale Abgeordnete Hugenberg schon in Weimar gemacht hatte. Diese Feststellung, die der Abgeordnete Becker im Reichstag sehr scharf hervorhob, und weiter sein Hinweis, daß die deutschnationale Partei durch die Fraktion der Deutschen Volkspartei bei allen Steuer Verhandlungen in den Ausschüssen immer auf dem laufenden gehalten worden ist — was durch zustimmendes Nicken der Abgeordneten Hergt und Helfferich bestätigt wurde, beweist wohl zur Genüge, daß alle nachträglichen Angriffe vollständig abwegig sind. Die Deutsche Volkspartei hat damit die „Erfassung der Sachwerte“ aus der Diskussion herausgebracht und für die Zwangsanleihe gestimmt, da führende Männer des Wirtschaftslebens darin wohl eine schwere Belastung der Wirtschaft erkannten, aber meinten, daß diese Form der Belastung noch leicht zu tragen sei, als die Zwangshypothek, die ursprünglich vorgesehen war. Von der linken Seite war beabsichtigt, den gemeinen Wert zu-

gründe zu legen; der Deutschen Volkspartei ist es gelungen, an diese Stelle den Ertragswert zu setzen, ein Erfolg, der nicht hoch genug eingeschlagen werden kann, wenn man bedenkt, daß die für den Ertrag der drei letzten Jahre und mit Rücksicht auf die schwankenden Erträge auch einige Jahre darüber hinaus zu berücksichtigen sind. Sehr eingehend sprach der Abgeordnete über die Vermögenszuwachssteuer und wies nach, daß es das Verdienst der Deutschen Volkspartei sei, ihre Festsetzung den Schwankungen des Marktwertes entsprechend durchgedrückt zu haben. So muß am Anfang und Ende der drei Jahre der Vermögenswert in Beziehung gesetzt werden zum Marktwert. Bei der Umsatzsteuer beschäftigte er sich hauptsächlich mit der Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer, die der Abgeordnete Dr. Hugo im Ausschuß stark bekämpft hat. Dieser Antrag, der ausging von dem deutschnationalen Hammer und dem Unabhängigen Breitscheid ist dann gefallen. Die Deutsche Volkspartei hatte gefordert, daß die Landwirte, die an Genossenschaften liefern, nicht zweimal zur Umsatzsteuer herangezogen werden, einmal bei der Hausproduktion und das zweitemal durch die Genossenschaft, an die sie ihre landwirtschaftliche Produktion abliefern. Leider war es nicht möglich, diese berechtigten Wünsche der Landwirte zu halten, nachdem die öffentliche Meinung zu stark aufgeregt wurde. Durch die Mitarbeit der D. V. P. ist weiter gelungen, eine Änderung des Einkommensteuertarifs zu erreichen, entsprechend der Marktentwertung. Für kleinere Einkommen wurde der Tarif von 80 auf 30 Prozent herabgesetzt. Auch im Erbschaftsteuergesetz hat man einige Verbesserungen erreicht. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Zustimmung zum Steuerkompromiß an Bedingungen geknüpft, die zur Befriedung unserer Finanzen beitragen werden. Daß wir aber jede Erfüllungspolitik ablehnen, ist selbstverständlich, daß wir zur inneren Gesundung der Reichsfinanzen beitragen wollen, hat die Partei immer erklärt. Durch dieses Steuerkompromiß tritt eine Belastung des Volkes ein, die so hoch ist, daß jede weitere Belastung, wie sie unsere Feinde fordern, ausgeschlossen ist. Die deutsche Landwirtschaft steht in der nächsten Zeit vor den allerschwersten Aufgaben. Das deutsche Volk braucht für Lebens- und Futtermittel eine jährliche Einfuhr von zwei Milliarden Goldmark. Da die deutsche Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, diesen Betrag aufzubringen, so hängt die Zukunft des deutschen Volkes ab von der Steigerung der heimischen Produktion. Zunächst muß versucht werden, die Ob- und Moorländereien der landwirtschaftlichen Produktion zu erschließen. Es steht ferner fest, daß bei ausreichender und sachgemäßer Verwendung von Kunstdünger und hochgezüchtetem Saatgut die Produktion um das Doppelte gesteigert werden kann. Aufgabe der Staatsregierung und des landwirtschaftlichen Hilfswerks wird es sein, dafür zu sorgen, daß alle Landwirte darüber aufgeklärt und veranlaßt werden, so zu wirtschaften. Den Landwirten, deren Betriebsmittel dafür nicht ausreichen, müssen wer gehende Kredite und Zahlungs-erleichterungen bewilligt werden. Außerdem aber ist es nötig, für die rechtzeitige Anfuhr aller Produktionsmittel Sorge zu tragen und dafür Frachtermäßigung zu gewähren. Für die Hebung der Viehzucht müssen Futtermittel herangeschafft werden, Kleie, Mais, Ölsuchen usw., müssen aus dem Auslande bezogen, den Landwirten angeboten und leicht zugänglich gemacht werden. Obst und Gemüsebau, Kleintierzucht sind zu fördern, vor allem aber die Hühnerzucht — im Jahre 1913 haben wir fast 200 Millionen Mark Eier eingeführt — das muß durch Inlandserzeugung ersetzt werden. Die für die Landwirtschaft notwendige Einfuhr muß gedeckt werden durch Anfuhr von hochgezüchteten Saatgetreiden und hochwertigem Zuchtvieh. Leider stellen sich diesem Hilfswerk sehr große Schwierigkeiten entgegen, vor allem bei der Beschaffung von Kunstdünger. Unsere Kalziumstickstoffwerke können jährlich 200 000 Tonnen produzieren, während die Landwirtschaft ihren Bedarf auf 4—500 000 Tonnen angibt. Die jetzige Produktion wird auch schwer gefährdet durch den Kohlenmangel, und der dadurch bedingte Ausfall an Kalziumstickstoff beläuft sich auf täglich 100

Tonnen. Der Redner führt noch sonstige Schwierigkeiten an, schließt aber damit, daß er erklärt, daß die Landwirtschaft sich ihrer hohen Aufgaben bewußt ist und daß sie im vaterländischen Interesse alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um dem gesamten Volk in dieser schweren Zeit zu helfen.

Reicher Beifall wurde diesen tiefdurchdachten Ausführungen gezollt. Den Dank der Versammlung sprach der 1. Vorsitzende Herr Klingpor aus und erteilte

Herrn Amtmann Ebberg

das Wort zu einem Vortrag über „Die neue Städte- und Landgemeindeordnung“. Schon im Jahre 1909 wurde eine Kommission für die Verwaltungsreform gebildet, deren Arbeit aber durch den Krieg unterbrochen wurde. Nach der Revolution war es Staatsminister Dr. Drews, der nacheinander drei Entwürfe fertigstellte, in denen vor allen Dingen die Wünsche der Spitzenverbände berücksichtigt wurden. An diesen Sitzungen hat Herr Amtmann Ebberg des öfteren teilgenommen, worüber er sehr viel Interessantes zu berichten wußte. Der jetzige Entwurf wird, wenn die Arbeiten glatt verlaufen, Ende dieses, Anfang des nächsten Jahres in Kraft gesetzt werden und damit werden die Städte- und Landgemeinden ihre Körperschaften durch Wahl innerhalb dreier Monate neu zu bilden haben. Der Gesetzentwurf sieht vor für die Landgemeinden, über die der Redner hauptsächlich sprach, die sogen. Magistratsverfassung oder die Bürgermeisterverfassung. Innerhalb eines bestimmten Zeitraumes werden die Landgemeinden darüber zu entscheiden haben. Der Landbürgermeister ist nach Möglichkeit ehrenamtlich zu bestellen. Selbständige Gutsbezirke sind aufzulösen. Als Städte sind nach dem neuen Entwurf alle diejenigen anzusehen, die bisher Stadtrecht besaßen. Landgemeinden können zu Städten erhoben werden, wenn ihre Einwohnerzahl 10 000 erreicht hat. Als Gemeindevorstand gilt der Bürgermeister oder der Magistrat. Nach dem neuen Gesetzentwurf ist der Gemeindevorsteher berechtigt, die Gemeinden rechtlich zu vertreten, was früher nicht der Fall war. Die Vertreter des Gemeindevorsteher, zwei an der Zahl, heißen Schöffen. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Geregelt wird die Geschäftsführung durch eine Geschäftsordnung, die die Gemeindevertretung erlassen kann. Die Disziplinarordnung ist verschärft; in Zukunft kann durch Ortsgesetz bestimmt werden, daß Gemeindevorsteher, die gegen die Geschäftsordnung verstoßen, mit Ausschluss von der Sitzung bis zur Dauer von drei Sitzungstagen bestraft werden können. Über Kommunalisierung und Monopolisierung findet sich nur die Bestimmung, daß die so gestalteten Unternehmen das öffentliche Bedürfnis befriedigen müssen. Was und wie kommunalisiert werden kann und soll, besagt der Entwurf nicht. Ausgaben, die in den Haushaltsplan nicht eingestellt sind oder seine Ansätze überschreiten, können nur mit Zweidrittelmehrheit bewilligt werden, aber auch nur dann, wenn gleichzeitig für Deckung gesorgt ist. Bei allen Streitigkeiten steht das Recht der Klageerhebung im Verwaltungsstreitverfahren den Gemeinden zu. Der Entwurf sieht vor, daß die Magistratsverfassung in die Bürgermeisterverfassung umgewandelt werden darf, aber nicht umgekehrt. Gemeindegliedervermögen soll es in Zukunft nicht mehr geben; es ist umzuwandeln in Gemeindevermögen. Der Vortrag, der vor allen Dingen die schwachen und guten Seiten des Entwurfs zeigte, wurde bei der ruhigen und sachlichen Art der Ausführung mit großem Beifall aufgenommen. Herr Klingpor dankte nochmals beiden Rednern für ihr freundliches Erscheinen und ihren Vortrag und schloß mit einer warmen Aufforderung an alle Parteifreunde zu reger Mitarbeit zum Wohle der Partei und des Vaterlandes. Nicht Mutlosigkeit und Tatenlosigkeit, sondern Selbstvertrauen, fester Wille und die Tat können uns wieder auf unsere alte Höhe emporbringen. Darum frisch an die Arbeit!

Unseren Parteifreunden
empfehlen wir nachstehende Schriften aus dem
Staatspolitischen Verlag G. m. b. H.,
Berlin SW. 48, Friedrichstraße 226.
Goerke, (Erwin), Videant consules. 1921. Geh.
9.— M., Halbleinen Geb. 14.— M.
Goerke, (Erwin), Niedergang und Neubau der
deutschen Volkswirtschaft. 1922. Geh.
12.— M., Geb. 17.50 M.
Grüner (Viktor), Der kommunistische Staat und
die Kirche. 1921. Geh. 7.50 M.
Königshof (Reg.-Rat, Dr. jur. et. rer. pol.),
Steuerpolitik und Volkswirtschaft. 1920.
Geh. 3.50 M.

Sauff (Dr. Piltz), und Jaeger (Rath.), Die Frau
und die Politik. 1920. Geh. 1.— M.
Seiden (Erwin), Die Schuld am Kriegsausbruch.
1921. Geh. 5.— M.
Sigmund (Korn-Kapitän), Marine, Krieg und
Umsturz 1919. 3. Auflage. Geh. 1.— M.
Hugo (Dr. Otto, M. d. R.), Der wirtschaftliche
Niedergang. 1920. Geh. 2.50 M.
Kelling (Otto), Kriegszielpolitik und Friedens-
schluß. 1919. Geh. 1.— M.
Kloth (Emil), Ein Jahr Rede- und Räte-Repu-
blik. 1919. Geh. 1.— M.
Kloth (Emil), Arbeiterschaft und Sozialdemo-
kratie. 1920. Geh. 2.50 M.

Gunther (Wolf), Herbstgold. Novelle. 1921
Geh. 7.— M., Geb. 9.50 M.

Zur Beachtung.
Die Anzeigenpreise im Beobachter werden
erhöht:
Die einspaltige Millimeterzeile
kostet von jetzt ab 0,60 M.
Die Geschäftsleitung.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der
Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1.
(Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwort-
lich P. Nitsche. (Fernruf 1442). Gedruckt bei
W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für
den herrschaftlichen
u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12-16.

Wäschehaus Franz Scharfger

Siegen

bietet an:

Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.

Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Sämtl. Pelzwaren
eigener Fabrikation

Hüte, Mützen,
Schirme.

Ankauf aller Pelz-
teile.

Pelzhaus Becker

Siegen

Fernruf 880. — Marburger Str. 10/12.

Frau Hermann Siebertz

Ernsdorf - Kreuztal

Bismarckstraße 44.

Zigarren,
Zigaretten, Tabak,
Pfeifen. " "

Ludwig Pfaff

Herren - Maßgeschäft,

Kreuztal,

Kreis Siegen,

Bismarckstraße 42.

Hug. Marx,

Wurst- und Fleischwarenfabrik,

Ernsdorf - Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.

Maschinelle Rühlanlage im Hause.

Parteibüro der D. V. P.
Brüderweg 1.

Kartothek-Karten

fertigt nach Vorlage

W. Wüchel, Berleburg

Ernst Giesler & Co. G.m.b.H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

Erstklassige Wagen. Bestgelohnte Packer.
la Referenzen.



Vertreterbesuch

und feste Transportkosten-Berechnung auf Wunsch.



Automobile.

Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen

Formul 126

Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.

Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft
Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.

(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma Otto E. Meise, Hamburg, Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma J. J. Glorius, Magdeburg, Farben und Lacke.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59

Eisenbahn-Baugeschäft

Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.

Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Schöngestiger Literatur

bis zu den neuesten Erscheinungen:

Philosophischen Werken, Klassikern, Jugendbücher, Gerahmte u. ungerahmte Kunstblätter, Reiseerzählungen, Delgemälde, Technischen Werken, Politischen Memoiren, Papierwaren, :: Schularbeiten, Musterrollen. ::

Unterhalte stets ein großes Lager in

Reclams Universalbibliothek. ::

Empfehle mich außerdem zur Lieferung sämtlicher

Zeitschriften und Werke aller Literaturgebiete. ::

Befichtigung meines reichhaltigen

Sortiments ohne Kaufzwang. ::

Heinrich Aha, Weidenau, Wilhelmstr.

Eisen- u. Metallwerke

G. m. b. H.

Ferndorf (Kr. Siegen)

Übernahme von Dreharbeiten

wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen Werkstücken, auch im Lohn.

Anfertigung u. Bearbeitung von Maschinen- teilen jeglicher Art.

Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

F. S. Kurth,

Kreuztal, Kreis Siegen.

Fernsprecher Nr. 21.

Baumaterialien u. la Karbid
in allen Körnungen.

Fenster-
Roh-
Draht-
Spiegel-
Zierglas, Flachglas jeder Art liefern
Denzer & Wurm G.m.b.H.

Fernruf
Nr. 1433. Siegen i. W. Fernruf
Nr. 1433.

Feldmann & Munker

G. m. b. H.

Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.

Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Justus Stahlschmiede Werke
G. m. b. H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Lochanstalt.

Kesselschmiede Apparatebau
Blechschiesserei.

Krombacher

Pille-
ner,



hell
und
dunkel

KINDLSBERG
BRAU

hergestellt aus nur Malz u. Hopfen
in Friedensstärke.

Theob. Pfeiffer Nachf.

Siegen — Kölner Straße

unterhalten das größte Lager in

Herren- u. Knabenbekleidung

Lieferant feiner Maßbekleidung.

Jacob Sarx Inh.: Karl Sarx

Fernruf 561. Siegen :: Löhrtor ::

Chemische Reinigungsanstalt und Färberei.

Wäscherei „auf Neu“

für Gardinen, Waschkleider und Waschblusen

C. W. VOGEL

G. M. B. H.

ROHRLEITUNGEN

BEHÄLTNER

DRUCKKESSEL

KAMINE :

EISEN- U. BLECHWAREN-
FABRIK

KESSELSCHMIEDE

SIEGEN I. W.

BLECH ARBEITEN

GENIETET

GESCHWEISST

ROH U. VERZINKT

NOH & BUCH

NIETEN-FABRIK

WEIDENAU/SIEG

KESSEL- BRÜCKEN-
SCHIFF- VERSEHR-

IN ALLEN METALLEN

NIETEN

GITTER- BLECH-
U. FASS- NIETEN

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen

Rechenmaschinen

Vervielfältiger

und deren Zubehör.

Treibriemen

Record - Rival - Reform

besser und billiger als Lederriemen

Unentbehrlich für sämtliche Betriebe

la Referenzen.

Cuno Juschka, Siegen i. W.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.

Geschmiedetes la. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.

Schmiedestücke.

